

Antragsteller: GEW Aschaffenburg-Miltenberg

Adressat: Regionsdelegiertenkonferenz Bay.
Untermain/Bezirkskonferenz/Bundeskongress

Gegen die Hartz-Gesetze – für eine beschäftigungsorientierte Wirtschaftspolitik

Die mit den Hartz-Gesetzen beschlossenen beschäftigungspolitischen Maßnahmen sind in ihrer Grundausrichtung falsch, weil sie auf eine Disziplinierung der Arbeitslosen statt auf eine Ausweitung des Angebots an Arbeitsplätzen zielen.

Die DGB Regionsdelegiertenkonferenz Bayerischer Untermain fordert daher:

1. Eine grundlegende Revision der Hartz-Gesetze und des Abbaus der aktiven Arbeitsmarktpolitik (insbesondere der beruflichen Weiterbildung und der ABM). Dazu gehört:
 - die Anhebung des Regelsatzes für einen alleinstehenden Alg II-Bezieher auf mindestens 500 Euro.
 - Die zusätzliche Zahlung der Unterkunftskosten zum Regelsatz in angemessener Höhe. Sie dürfen nicht pauschaliert werden, wie einige Kritiker fordern.
 - Mobilität auch für Alg-II BezieherInnen. Der öffentliche Nahverkehr muss von Erwerbslosen zum Nulltarif genutzt werden können, ebenso wie Freizeiteinrichtungen. Dadurch würde das Niveau der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben steigen, ohne dass Leistungen als Waren gekauft werden müssten.
 - Die Ablehnung von Eigenbeteiligungen von Erwerbslosen in der Gesundheitsversorgung. Die Härtefallregelung ist wieder einzuführen.
2. eine Ausrichtung der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik auf die Schaffung von Arbeitsplätzen. Dies beinhaltet insbesondere:
 - das Ende der Arbeitsplatzvernichtung im öffentlichen Dienst,
 - die Rücknahme des Abbaus der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) und der Strukturanpassungsmaßnahmen nach dem SGB III (SAM) und
 - den Ausbau des öffentlich geförderten Beschäftigungssektors.
 - Die Erhöhung der Mittel für die Förderung der beruflichen Weiterbildung wenigstens auf den Stand von 2002.
 - Die Ausweitung der öffentlichen Investitionen.Die Finanzierung dieser Maßnahmen erfordert:
 - Die Beendigung einer Steuerpolitik, die im Kern vor allem eine Entlastung der Hochverdiener vorsieht
 - Die Wiedererhebung der Vermögenssteuer, verbunden mit einer am Marktwert orientierten Bewertung von Grundvermögen, wie sie dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts entspricht.
3. Die Politik der Arbeitszeitverkürzung und des Überstundenabbaus muss fortgesetzt werden. Die Gewerkschaften müssen mit dieser Forderung wieder gegen den derzeitigen Trend zur Verlängerung der Arbeitszeit in die Offensive kommen.

Mit großer Mehrheit angenommen am 22.10.2005